

Modern denken und mutig handeln

50 Punkte für ein Neukölln mit Zukunft

Vereinbarung zur Bildung einer Zählgemeinschaft in der BVV Neukölln

zwischen

**der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands – Kreisverband Neukölln
Bündnis 90/Die Grünen – Bezirksgruppe Neukölln
Linkspartei.PDS – Bezirksverband Neukölln**

Präambel

Die Zählgemeinschaft in der Neuköllner BVV, bestehend aus SPD, Bündnis90/Die Grünen und Linkspartei.PDS, ist im Jahr 2001 angetreten, um einen Paradigmenwechsel in der Bezirkspolitik zu vollziehen. Mutige und ehrgeizige Vorhaben wurden entwickelt, auf den Weg gebracht und umgesetzt. Im Mittelpunkt der Bezirkspolitik der Zählgemeinschaft in den letzten 5 Jahren standen die gesellschaftlichen Realitäten in unserem Bezirk und die Ausrichtung auf praktische, für jeden Einzelnen erlebbare Maßnahmen, die der Segregation, den sozialen Verwerfungen entgegenwirken und die Integration aller Neuköllnerinnen und Neuköllner in unsere Gemeinschaft fördern.

Diese Politik wird von der Neuköllner Bevölkerung getragen. Die Zählgemeinschaft ist aus den Wahlen 2006 gestärkt hervorgegangen. Dem Votum der Wählerinnen und Wähler folgend, haben die Parteien der SPD, der Grünen und der Linkspartei beschlossen, die Zählgemeinschaft für die Wahlperiode 2006–2011 zu erneuern, um ihre erfolgreiche Politik fortzusetzen.

Die Zählgemeinschaft baut ihre Politik auf den realen Lebensbedingungen der Menschen in unserem Bezirk auf. Ziel ist es, ein lebendiges, modernes und buntes Neukölln zu schaffen, das soziale Missstände, Arbeitslosigkeit, neue Armut, Entmischung und Desintegration ebenso überwindet wie aufkeimenden Rassismus und Rechtsextremismus. Wir stehen für eine Politik, die jedem und jeder Einzelnen die Möglichkeit bietet, die eigenen Chancen zu entdecken und in einem pluralistischen, demokratischen, säkularen und friedlichen Gemeinwesen einen eigenen Platz zu finden.

Neukölln hat große Zukunftschancen. Die kulturelle Vielfalt des Integrationsbezirks birgt reiche Potenziale. Die Lage als Anrainer des Flughafens Berlin Brandenburg International eröffnet Chancen für den Arbeitsmarkt und den Tourismus. Wir wollen Neukölln so entwickeln, dass unser Bezirk für die Gäste unserer Stadt zum Tor nach Berlin wird, mit hoher Erlebnis- und Aufenthaltsqualität. Das kann nur gelingen, wenn wir die infrastrukturellen Rahmenbedingungen schaffen und die heranwachsenden Generationen so auf die Anforderungen der Zukunft vorbereiten, dass sie von öffentlichen Transferleistungen unabhängig sind und ein existenzsicherndes Einkommen selbst erarbeiten können. Im Mittelpunkt unserer Politik wird die Bildungs- und Jugendpolitik sowie die städtebauliche Erneuerung des Neuköllner Nordens stehen.

Artikel I

Die Parteien stimmen in dem Ziel überein, die erfolgreiche Zusammenarbeit fortzusetzen und weiterhin stabile Mehrheiten für eine am Menschen orientierte Reformpolitik in Neukölln zu sichern.

Die Fortsetzung der Zusammenarbeit gründet sich auf ein auch an schwierigen Auseinandersetzungen und Entscheidungen erprobtes Vertrauensverhältnis. Dialog-, Kompromiss- und Konsultationsbereitschaft bleiben dafür die unabdingbare Voraussetzung. Die Bildung einer Zählergemeinschaft beinhaltet nicht die Aufgabe eigener Positionen und Grundüberzeugungen, aber sie verpflichtet alle Beteiligten, auf die Verwirklichung der vereinbarten Ziele und Vorhaben hinzuwirken.

Artikel II

Die Parteien vereinbaren, folgende Ziele und Vorhaben der Bezirkspolitik in den Gremien der BVV und durch die von der Zählergemeinschaft getragenen Mitglieder des Bezirksamts zu verwirklichen:

Stadtpolitik für Neukölln

1. Neukölln entwickelt das historische Stadtzentrum im Dialog mit den Einwohnern durch eine radikale stadtplanerische Neukonzeption. Unser Ziel ist es, ein klares Signal für die Zukunftsfähigkeit unseres Bezirks zu geben und die Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Neuköllner Innenstadt wesentlich zu erhöhen. Eckpfeiler der Stadterneuerung sind
 - a. die Umgestaltung des Hermannplatzes. Dabei wird das Ziel, den Hermannplatz an das Straßenbahnnetz anzuschließen, weiterhin durch den Bezirk unterstützt.
 - b. die Umgestaltung der Karl-Marx-Straße zu einem vitalen Stadtzentrum (durch städtebauliche Neukonzeption und Schließung für den Autoverkehr),
 - c. der geschützte Stadtraum Böhmisches Dorf (inklusive Karl-Marx-Platz). Um dem Denkmalcharakter und den Potenzialen des Quartiers (künstlerisches Gewerbe, Gastronomie usw.) gerecht zu werden und sie in den Mittelpunkt zu stellen, wird das Böhmisches Dorf städtebaulich umgestaltet und für den Autoverkehr geschlossen.
 - d. die attraktive, auf die Einzigartigkeit des Standorts abgestellte Entwicklung des ehemaligen Kindl-Geländes in der Werbellinstraße (unter Ausschluss von gängigen Konzepten wie Bürostandorten und der Ansiedlung von Einzelhandelsketten).
2. Neukölln unterstützt weiterhin die schnellstmögliche Schließung des Flughafens Tempelhof. Zur Erarbeitung eines tragfähigen Nachnutzungskonzeptes soll eine bezirksübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt werden. Eckpfeiler eines Nachnutzungskonzeptes sind
 - a. der weitgehende Erhalt der Freiflächen. Gerade in Nord-Neukölln sollen neue Bewegungs- und Freizeiträume geschaffen werden.
 - b. politische und planungsrechtliche Initiativen zur Errichtung der Schillerkiezvorstadt. Im Westen des Stadtquartiers Schillerpromenade sollen auf dem Randgelände des bisherigen Flughafens Tempelhof zur Stabilisie-

- ung der Sozialstruktur familienfreundliche, bezahlbare und nach ökologischen Kriterien gebaute Stadthäuser mit Garten entstehen.
- c. der Erhalt der Funktion des Flughafengeländes als Frischluftschneise. Das gilt auch für die Kirchhöfe an der Hermannstraße.
3. Die Neuköllner Quartiersmanagement-Gebiete sollen im Rahmen des Programms Soziale Stadt erhalten und ausgebaut werden.
 4. Der Bezirk lehnt jede weitere großflächige Privatisierung öffentlicher Wohnbestände in Neukölln ab.
 5. Der Bezirk wendet sich gegen Beschränkungen des Neuköllner Wohnungsmarktes, wie sie durch die Abschaffung der Gebietsfreistellung eingetreten sind. Im Interesse einer gesunden Sozialstruktur müssen alle Einkommensschichten freien Zugang zu Wohnraum in Neukölln haben.
 6. Vorhandene Kleingartenflächen werden bis auf dringende Maßnahmen der sozialen Infrastruktur abgesichert. Zusätzlich wird der Bezirk als Serviceangebot für Kleingartenanlagen kostenneutral für den Bezirk Planungsrecht schaffen.

Verkehrspolitik

7. Der Bezirk unterstützt die Weiterführung der U-Bahnlinie 7 unter Einbeziehung des Frauenviertels bis zum Flughafen BBI.
8. Der Bezirk wird den Radwege-Masterplan weiter umsetzen. Zur Förderung des Radverkehrs werden außerdem 50 km Radwege saniert und an stark frequentierten Orten und in Wohngebieten Fahrradabstellanlagen eingerichtet. Bei jeder Straßenbaumaßnahme müssen die Bedürfnisse von Radfahrern und Menschen mit Behinderung (u.a. durch Absenkung der Bordsteinkanten und blindengerechte Kanten) berücksichtigt werden.
9. Der Bezirk wird eine Studie über die Verkehrsbelastung der Johannisthaler Chaussee zwischen Rudower Straße und Autobahnzubringer anfertigen lassen, um eine Entscheidungsgrundlage für verkehrspolitische Maßnahmen zu gewinnen.
10. Einzelfallbezogen werden in Wohngebieten weitere Temporeduzierungen vorgenommen.
11. Neukölln wird sich dem Netzwerk Vision Zero anschließen und durch konkrete Maßnahmen die Zahl der Verkehrsoffer reduzieren.
12. Der Ausbau des Teltowkanals (Projekt 17) wird abgelehnt. Die Grünstreifen beiderseits des Teltowkanals sind zu erhalten.

Wirtschaftspolitik

13. Der Bezirk betreibt Bestandspflege und initiiert EU-Projekte zur Bestandssicherung der Neuköllner Wirtschaft.
14. Der Bezirk lehnt die weitere Ansiedlung großflächigen Einzelhandels grundsätzlich ab. Entsprechende Anträge werden kritisch und restriktiv behandelt.

15. Der Bezirk unterstützt den Kongress-Standort Estrel.
16. Der Bezirk fördert und unterstützt die Schaffung von Ausbildungsverbänden.
17. Die bezirklichen Liegenschaften werden durch das Bezirksamt zentral bewirtschaftet. Im Rahmen dieser zentralen Bewirtschaftung sollen Energiesparpartnerschaften abgeschlossen werden.
18. Wenn in Berlin ein öffentlicher Beschäftigungssektor (ÖBS) eingeführt wird, schafft der Bezirk zügig die Voraussetzungen für die Umsetzung in Neukölln.
19. Der Bezirk fördert und unterstützt Bürgersolaranlagen.

Jugend, Bildung, Sport und Kultur

20. Im Neuköllner Norden werden weitere neue Jugendeinrichtungen aufgebaut, um wirksam gegen Unterversorgung vorzugehen. Dazu gehört auch die Schaffung von Jugendstadtteilläden und die Stärkung von Streetwork.
21. Für den Süden Neuköllns hält die Zählgemeinschaft die Einrichtung einer drittmitelfinanzierten Jugendstiftung für wünschenswert.
22. Der Bezirk erarbeitet und implementiert ein Konzept zur Sicherung von Qualitätsstandards im Kita-Eigenbetrieb.
23. Die Schul- und Sportstättenanierung aus Landesmitteln wird fortgesetzt.
24. Das bezirkliche Sportförderprogramm wird fortgesetzt.
25. Der Ausbau der Schulen zu Ganztagschulen wird weiter vorangetrieben. Dazu gehört auch der Erhalt und die Stärkung der Schulstationen und die Einrichtung von 40 weiteren Klassenzimmern in Neukölln.
26. Die EDV-Ausstattung der Neuköllner Schulen wird durch die Anschaffung von 1000 Computern weiter verbessert.
27. Der Bezirk unterstützt Schulen bei der Bewerbung für das Pilotprojekt Weiterführende Schule (1.-10., eventuell bis 12. Klasse).
28. Bei der Musikschule wird die Wiederentstehung von Wartelisten verhindert.
29. Die anspruchsvolle Kulturarbeit und das vorbildliche Kulturnetzwerk in Neukölln werden auf dem bestehenden Förderniveau gehalten.
30. Auf dem Britzer Gutshof wird ein Kulturzentrum Britz eingerichtet.
31. Die Förderung der Freien Träger Jugend und Kultur wird auf der Basis der letzten Jahre fortgesetzt. Dabei sollen durch ein Evaluierungsverfahren auch für neue Träger Fördermöglichkeiten geschaffen werden. Bei einer Übertragung bezirklicher Einrichtungen an Freie Träger dürfen diese nur dann für Freie Träger vorgesehene Haushaltsmittel erhalten, wenn die Mittel für die Freien Träger entsprechend aufgestockt werden.

Migrations- und Integrationspolitik

32. Die Neuköllner Verwaltung formuliert und implementiert ein Interkulturelles Leitbild. Eckpfeiler der interkulturellen Öffnung der Verwaltung sind die Fortentwicklung des Leitbildprozesses, Mitarbeiterschulungen und die Institutionalisierung der Vorbereitungskurse für Migrantinnen und Migranten für die Verwaltungsausbildung.
33. Der Bezirk stärkt die politische Bedeutung des Migrationsbeirates.
34. Die Beschlüsse des Migrationsbeirates werden durch die Zählergemeinschaft als Antrag in die BVV eingebracht.
35. Der Bezirk betreibt offensiv Einbürgerungspolitik mit dem Ziel, die Zahl der Einbürgerungen weiter zu erhöhen.
36. Der Bezirk sichert als zentrale Integrationsmaßnahme den Betrieb der Sprachschulen.
37. Das Projekt Stadtteilmütter wird fortgesetzt.
38. Der Bezirk fördert die arabische Bibliothek.

Verwaltung und Bürgerbeteiligung

39. Die Zählergemeinschaft verfolgt weiter das Ziel, die Transparenz der Verwaltung zu erhöhen. Zu diesem Zweck soll die Verwaltung den Bürgerinnen und Bürgern verbindliche Servicezusagen machen. Der Servicecharakter der besucherintensiven Abteilungen soll gestärkt werden.
40. Nach Auswertung des Bürgerhaushaltsprojekts in Lichtenberg sollen Modelle zur Beteiligung der Bürger an Haushaltsentscheidungen geprüft werden.
41. Die Bürgerfragestunde bleibt erhalten.
42. Der Bezirk führt eine Anwohnerbefragung über die Umbenennung der Wissmannstraße durch.
43. Der Bezirk erleichtert von Bürgern getragene Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung.

Soziales, Arbeit und Gesundheit

44. Die Förderung der Freien Träger Soziales wird auf der Basis der letzten Jahre fortgesetzt. Dabei sollen durch ein Evaluierungsverfahren auch für neue Träger Fördermöglichkeiten geschaffen werden. Bei einer Übertragung bezirklicher Einrichtungen an Freie Träger dürfen diese nur dann für Freie Träger vorgesehene Haushaltsmittel erhalten, wenn die Mittel für die Freien Träger entsprechend aufgestockt werden.
45. Die Beratung für Obdachlose und die Schuldnerberatung sollen ausgebaut und die Kältehilfe erhalten werden.

46. Die Zählergemeinschaft wird alle Initiativen unterstützen, die auf einen Erhalt der Hörberatungsstelle in Neukölln gerichtet sind.
47. Im Gesundheitsbereich soll die Prävention gestärkt werden.
48. Im Publikumsverkehr des Sozialamts werden Servicecharakter und Kundenfreundlichkeit erhöht.
49. Die Zählergemeinschaft wird ihre Einflussmöglichkeiten auf das Jobcenter so nutzen, dass der Kundenservice durch verkürzte Wartezeiten und verbesserte Verfahrensabläufe optimiert wird.

Bezirkshaushalt

50. Die Zählergemeinschaft fühlt sich verpflichtet, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Artikel III

Die SPD-Fraktion tritt von den auf sie entfallenden Mandaten bei den Bürgerdeputierten sowie den Stellvertretern an die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vier Bürgerdeputierte und Vertreter und an die Fraktion Linkspartei.PDS vier Bürgerdeputierte und Stellvertreter ab.

Artikel IV

Um eine reibungslose kontinuierliche Zusammenarbeit sowie einen einheitlichen Informationsstand sicher zu stellen, werden die Sitzungen des Bezirksamts von den von der Zählergemeinschaft getragenen Bezirksamtsmitgliedern gemeinsam vorbereitet. Darüber hinaus wird ein monatlicher Gesprächstermin zwischen dem Bezirksbürgermeister und dem/r Fraktionsvorsitzenden der Linkspartei.PDS vereinbart.

Die Zählergemeinschaft strebt an, wechselnde Mehrheiten auch zu Themenstellungen zu verhindern, die nicht von dieser Vereinbarung erfasst sind. Sollte sich ein inhaltlicher Konflikt innerhalb der Zählergemeinschaft anbahnen oder die Möglichkeit konkret nicht auszuschließen sein, verpflichten sich die Fraktionen im Vorfeld eine einvernehmliche Linie zu finden. Zur Vorbereitung jeder Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung informieren die Fraktionsvorsitzenden einander zumindest telefonisch über die Beschlusslagen ihrer Fraktionen. Bei unterschiedlichen Ansätzen wird versucht eine Kompromissformel zu finden.

Die Zählergemeinschaft strebt an, mit den Fraktionen der CDU, der Grauen und der FDP ein einheitliches Verfahren zum Umgang mit den fraktionslosen rechtsextremistischen Bezirksverordneten zu vereinbaren.

Artikel V

Die Fraktionen bilden für die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Heinz Buschkowsky zum Bezirksbürgermeister eine Zählergemeinschaft gemäß § 35 Abs. 2 Bezirksverwaltungsgesetz.

Die Fraktionen verpflichten sich, die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen für das Bezirksamt bei der Wahl durch positive Stimmabgabe zu unterstützen.

Die von der Zählgemeinschaft entwickelten Vorstellungen zur Ressortverteilung im künftigen Bezirksamt werden von den Fraktionen zustimmend zur Kenntnis genommen, wobei Bündnis 90/ Die Grünen der Zugriff auf das Jugendressort eingeräumt wird.

Berlin–Neukölln, den (Datum)

Dr. Fritz Felgentreu
für die SPD Neukölln

Jürgen Koglin
für die SPD Fraktion der BVV Neukölln

Heinz Wagner
für Bündnis 90/Die Grünen
Neukölln

Gabriele Vonnekold
für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der BVV

Heinz Schugowski
für die Linkspartei.PDS Neukölln

Dr. Sylvia Stelz
für die Fraktion Linkspartei.PDS der BVV Neukölln